

PB.W-01-025-2 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Antragsteller*in: Hannah Heller (KV Speyer)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 25 bis 28:

Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. ~~Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse, verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht.~~ Wir brauchen wirtschaftspolitische Zielsetzungen, die neu diskutiert und demokratisch festgelegt werden. Diese Ziele können nur durch klare Verhältnisse, durch verlässliche politische Rahmenbedingungen und zielgerichtete Anreize für die Wirtschaft erreicht werden. Nur dann haben Unternehmen Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.

Begründung

Hier sollte die Zielgerichtetheit unseres Wirtschaftens betont werden. Der Dualismus zwischen Markt und Staat sollte allerdings nicht aufgerufen werden, da dieser schon viel zu stark den Diskurs dominiert. Wir müssen die Ziele unserer Wirtschaftens neu ausdiskutieren und demokratisch festlegen, nur dann entstehen klare Verhältnisse, die sich nicht alle vier Jahre ändern. Ein Stabilitäts und Wachstumspakt wäre so eine Zielsetzung, nur müsste dieser Pakt eben mit Inhalten des 21. Jahrhundert gefüllt werden.

weitere Antragsteller*innen

Katrin Brunke (KV Mainz); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Pia Versch (KV Speyer); Susanne Scheidl (KV Speyer); Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Stefan Sels (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Patrick Weirich (KV Cochem-Zell); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Chris Cranz (KV Köln); Peter Pütz (KV Bielefeld); Gudrun Weber (KV Speyer); Monika Oberfrank (KV Speyer); Barbara Groß (KV Speyer); Felix Flörchinger (KV Speyer); Petra Zachmann (KV Speyer); Sebastian Kluge (KV Mainz); Luke Haywood (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nicolai Volkmar (KV Frankfurt); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Achim Jooß (KV Ortenau)